

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

17. WP - 14. Sitzung

am Mittwoch, dem 1. September 2010, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

Hauke Göttisch (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Markus Matthießen (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Rolf Fischer (SPD)

Anette Langner (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Jens-Uwe Dankert (FDP)

Kirstin Funke (FDP)

Björn Thoroë (DIE LINKE)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Abgeordnete

Luise Amtsberg (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vorstellung der Kiel Region GmbH	5
Berichterstatterin: Janet Sönnichsen, Geschäftsführerin der Kiel Region GmbH	
2. Aktueller Sachstand zur Kohäsionspolitik und zur Zukunft der EU-Strukturpolitik	7
Berichterstatter: Thorsten Augustin, Leiter der Abteilung Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten in der Staatskanzlei	
3. Abschiebungen in das Kosovo aussetzen - Roma und Ashkali dürfen nicht in eine unzumutbare Situation abgeschoben werden!	10
Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/520	
4. a) Schleswig-Holstein ohne Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen	11
Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW Drucksache 17/294 (neu)	
b) Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau sowie in der Nahrungsmittelkette	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/390	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/420 (selbstständig)	

- 5. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität** **12**
- **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2001/18/EG betreffend die den Mitgliedstaaten eingeräumte Möglichkeit, den Anbau von GVO auf ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen (KOM(2010)375 endg.)**
- 6. a) Ausbau der Jugendfreiwilligendienste** **13**
- Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/682 (neu)
- Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/725 (selbstständig)
- b) Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 - Aktivitäten in Schleswig-Holstein**
- Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/707
- 7. Bericht über die 19. Sitzung der Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn vom 29. bis 31. August 2010** **14**
- Berichterstatter: Abg. Bernd Voß
- 8. Verschiedenes** **14**

Der Vorsitzende, Abg. Voß, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorstellung der Kiel Region GmbH

Berichterstatterin: Janet Sönnichsen, Geschäftsführerin der Kiel Region GmbH

Frau Sönnichsen, Geschäftsführerin der Kiel Region GmbH, stellt anhand der in Anlage 1 dieser Niederschrift angefügten Präsentation die Struktur und die Arbeitsschwerpunkte der Kiel Region GmbH dar.

Abg. Langner interessiert, wieso sich die Verteilung der Fördermittel nicht gleichermaßen auf den Kreis Plön erstrecke. - Frau Sönnichsen betont, ihrer Ansicht nach hänge dies mit einem Informationsdefizit in der Region zusammen. Die Möglichkeiten aus dem Zukunftsprogramm müssten besser bekannt gemacht werden. Momentan sei es zudem schwierig, neue Projekte ins Leben zu rufen, da sich auch hier die Sparmaßnahmen des Landes auswirken.

Auf eine weitere Frage der Abg. Langner führt Frau Sönnichsen aus, die Kiel Region GmbH habe ein Interesse daran, das Auseinanderdriften der Kreise im Hinblick auf die Förderung zu verhindern. Man stehe deshalb auch in Kontakt mit dem INTERREG-Sekretariat Fehmarnbelt, der Prozess sei aber sehr langwierig. Wichtig sei insgesamt, besonders im Hinblick auf die Makroebene, als gemeinsame Region aufzutreten.

Frau Sönnichsen erläutert auf eine Frage des Abg. Dankert, dass sich Schwierigkeiten bei der Beantragung von Fördermitteln vor allem durch die Bewilligung der notwendigen Kofinanzierung ergäben, da die öffentlichen Kassen nur wenig Geld zur Verfügung hätten.

Abg. Thoroë interessiert, ob das Standortmarketing in absehbarer Zeit auch auf den Bereich Tourismus ausgeweitet werden solle. - Frau Sönnichsen betont, vonseiten der Kiel Region GmbH habe man keine Einwände dagegen, jedoch müsse sich zunächst die Politik ein Bild machen.

Auf eine Frage des Vorsitzenden unterstreicht Frau Sönnichsen, dass ein Hafenkonzept für Schleswig-Holstein sinnvoll und angebracht sei, weil es dazu beitragen könne, dass alle Beteiligten wüssten, was im Land ebenfalls an Maßnahmen durchgeführt werde.

Im Hinblick auf die durch die Kiel Region GmbH wahrgenommene Nachfolge der K.E.R.N-Region interessiert Abg. Langner, ob die Kiel Region GmbH ebenfalls Ziele wie eine gemeinsame Identität und eine Ausweitung auf die Gesamtentwicklung im Hinblick zum Beispiel auf Verkehrsinfrastruktur, Tourismus und so weiter anstrebe. - Frau Sönnichsen betont, dass dies eine Wunschvorstellung sei, die jedoch erst später umgesetzt werden könne. Notwendig sei zunächst, als Region gemeinsam aufzutreten. Weitere Schritte seien aber angedacht.

Auf eine Frage des Vorsitzenden zu dem möglichen Nutzen einer Verwaltungsstrukturreform führt Frau Sönnichsen aus, dass die Barrieren zwischen den Kommunen ein großes Hindernis seien, zum Beispiel bei der Ausweisung interkommunaler Gewerbegebiete. Zudem bestehe in den Kommunen die Sorge, dass die Landeshauptstadt durch Ansiedlung von Wirtschaftsunternehmen den anderen Regionen etwas wegnehme. Diese Angst sei ihrer Ansicht nach jedoch unbegründet, da die Unternehmen aufgrund anderer Kriterien als nur der Förderung die Entscheidung trafen, wo sie sich ansiedelten. Wichtig wäre vor allem ein einheitlicher Ansprechpartner für die Region, den es aber bisher nicht gebe.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Aktueller Sachstand zur Kohäsionspolitik und zur Zukunft der EU-Strukturpolitik

Berichterstatter: Thorsten Augustin, Leiter der Abteilung Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten in der Staatskanzlei

Einleitend betont der Leiter der Abteilung Europa-, Ostsee- und Nordseeangelegenheiten in der Staatskanzlei, Herr Augustin, dass die Kofinanzierung der Schlüssel zu einer erfolgreichen EU-Kohäsionspolitik sei. Im Moment warte man auf den 5. Kohäsionsbericht der EU-Kommission, in dem sich erste belastbare Aussagen der Kommission zu den zukünftigen Plänen zur Koalitionspolitik finden würden. Innerhalb der EU-Kommission selbst gebe es widerstreitende Interessen im Hinblick auf Haushalts- und Regionalpolitik. Die EU-Kommission führe regelmäßig Gespräche mit den Regionen, zuletzt zum Beispiel zum Thema territoriale Zusammenarbeit im Rahmen der EU-2020-Strategie.

Die EU-Kohäsionspolitik solle ein integraler Bestandteil der EU-2020-Strategie werden. Sie solle so ausgerichtet werden, dass die fünf großen, von der EU festgelegten Ziele wie die Erhöhung der Beschäftigung oder Verbesserungen im Bildungsbereich erreicht werden könnten. Die Generaldirektion für Regionalpolitik habe betont, dass nach wie vor eine flächendeckende Förderung angestrebt werde. Die Situation der Förderung habe sich durch den Beitritt der neuen Mitgliedstaaten in Osteuropa verändert, da die Voraussetzungen für die Ziel-2-Gebiete gesenkt worden seien.

Wichtig seien auch die makroregionalen Entwicklungsstrategien; für Schleswig-Holstein besonders wichtig sei die Ostseestrategie, die im Oktober 2009 veröffentlicht worden sei. Bedeutsam für das Land sei, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Syddanmark auf der einen Seite und der Fehmarnbelt-Region auf der anderen Seite erhalten bleibe. Die EU-Kommission habe betont, dass man hier auch Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) verwenden könne.

Am 14. September 2010 - so führt AL Augustin weiter aus - werde das Bundeswirtschaftsministerium ein Gutachten in Brüssel vorstellen. In diesem Gutachten gehe es um die Umsetzung des Ziels der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung im Rahmen der europäischen Strukturpolitik in der Förderperiode 2014 bis 2020. Ziel des Gutachtens sei, weiterhin für die Ziel-2-Förderung zu werben. Die Förderung sei unerlässlich, um die Ziele der Eu-

ropäischen Union zu verwirklichen. Mit dem Gutachten werde darüber hinaus die Absicht verfolgt, den europäischen Nährwert und die Vorteile der Multi-Level-Governance herauszustellen. Wichtig sei auch, in Brüssel mit einer Stimme zu sprechen, dies sei eine Lehre aus der letzten Legislaturperiode gewesen. Das Gutachten rate von einer zentral in Brüssel gesteuerten Strukturpolitik ab und werde dafür weiterhin dezentral in den Regionen dafür zu sorgen, dass die Ziele umgesetzt werden könnten.

Auf eine Initiative des österreichischen Bundesstaates Niederösterreich habe es eine Initiative zum Erhalt der Ziel-2-Fördergebiete gegeben, an der Schleswig-Holstein teilnehme. Damit solle die regionale Wettbewerbsfähigkeit aufrechterhalten und sichergestellt werden.

Ein weiteres Gespräch mit der Europäischen Kommission finde Mitte November zum Thema Förderung von europäischen Städten statt. Am 29. November werde St Maurus zu einer INTERREG-Konferenz in den Landtag einladen, bei der ein Sachstandsbericht zum aktuellen Ostsee- und Nordseeprogramm gegeben werden. Auch die Zukunft der INTERREG-Programme, die für Schleswig-Holstein wichtig seien, sollten auf dieser Konferenz thematisiert werden.

Abg. Langner betont, sie vermisse eine stärkere schleswig-holsteinische Schwerpunktsetzung, da ihrer Ansicht nach eine gezielte Förderpolitik besser sei als der Versuch, in allen Bereichen gleichmäßig zu fördern. - AL Augustin erwidert, dass eine Schwerpunktsetzung durch Schleswig-Holstein noch nicht abgeschlossen sei, da es sich innerhalb der Landesregierung um einen ergebnisoffenen Prozess handele. Auch in Schleswig-Holstein gehe es darum, die möglichen Förderprojekte kritisch auf ihren europäischen Mehrwert hin zu prüfen.

Auf eine weitere Frage der Abg. Langner zu der Möglichkeit, die Kofinanzierung in bestimmten Fällen gegebenenfalls zu reduzieren oder auszusetzen, betont AL Augustin, dass die bisherige Förderpraxis schon verhältnismäßig flexibel sei. Eine abschließende Bewertung sei insgesamt noch nicht möglich, da noch keine Veröffentlichung der EU-Kommission zur Kohäsionspolitik vorliege. Er betont, dass es aus seiner Sicht wichtig sei, zeitnah nach Vorlage des fünften Kohäsionsberichts mit dem Europaausschuss darüber zu diskutieren. Tatsache sei, dass in den vorgelegten Konzepten der Landesregierung zahlreiche Interessen Berücksichtigung finden müssten. Ausschlaggebend für Schleswig-Holstein sei, was die EU-Kommission im Zusammenhang mit den makroregionalen Strategien plane. Für Details in diesem Zusammenhang sei wiederum der Kohäsionsbericht der EU-Kommission abzuwarten. Der Bund seinerseits müsse auch gesamtdeutsche Interesse berücksichtigen, Schleswig-Holsteins Aufgabe sei, die eigenen Interessen gut in Brüssel zu verkaufen.

Auf eine Frage des Abg. Thoroer zur Quote der Fördermittel, die nicht abgerufen worden seien, sagt AL Augustin zu, Informationen dazu schriftlich nachzureichen. Insgesamt müsse man berücksichtigen, dass der Abruf von Fördermitteln in der Verantwortung der jeweiligen Ressorts liege und aufgrund der erforderlichen Kofinanzierung genau abgewogen werden müsse, ob sich das Projekt lohne.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Abschiebungen in das Kosovo aussetzen - Roma und Ashkali dürfen nicht in eine unzumutbare Situation abgeschoben werden!

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und SSW

Drucksache 17/520

(überwiesen am 21. Mai 2010 an den **Europaausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/907, 17/918, 17/925, 17/926, 17/927, 17/936, 17/1026, 17/1043, 17/1072, 17/1084, 17/1089, 17/1090, 17/1091, 17/1098, 17/1102, 17/1105, 17/1106, 17/1108

hier: Auswertung der schriftlichen Anhörung

Nach einer Diskussion und einer kurzen Sitzungsunterbrechung kommt der Ausschuss überein, die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt in seiner Sitzung am 29. September 2010 fortzusetzen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

a) Schleswig-Holstein ohne Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen

Antrag der Fraktionen von SPD, DIE LINKE und SSW
Drucksache 17/294 (neu)

b) Sicherung der Gentechnikfreiheit im Anbau sowie in der Nahrungsmittelkette

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/390

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/420 (selbstständig)

(überwiesen am 20. Mai 2010 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und an den Europaausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/1000, 17/1022, 17/1080, 17/1083, 17/1086, 17/1088,
17/1092, 17/1111, 17/1115, 17/1116, 17/1117, 17/1120

hier: Auswertung der schriftlichen und mündlichen Anhörung

Ebenfalls nach einer Diskussion kommt der Ausschuss überein, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes bis zu einem Votum des federführenden Umwelt- und Agrarausschusses beziehungsweise bis zum Eintreffen neuer Signale aus der Europäischen Union zurückzustellen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

- **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2001/18/EG betreffend die den Mitgliedstaaten eingeräumte Möglichkeit, den Anbau von GVO auf ihrem Hoheitsgebiet zu beschränken oder zu untersagen (KOM(2010)375 endg.)**

Herr Dr. Starck, stellvertretender Referatsleiter im Referat nachwachsende Rohstoffe, Biomassenutzung, Technologie- und Innovationsförderung und Gentechnik im Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume trägt die Schwerpunkte der Stellungnahme des Ministeriums, Umdruck 17/1142, vor. Der Ausschuss kommt überein - übereinstimmend mit der Stellungnahme des Ministeriums - eine Verletzung des Subsidiaritätsprinzips nicht zu erkennen.

Abg. Spoorendonk betont im Hinblick auf die Freisetzungsrichtlinie, dass ihrer Kenntnis nach noch nicht geklärt sei, ob die Zuständigkeit dafür auf den Bund oder die Länder übergehen solle. Auch diese habe ihrer Ansicht nach mit Subsidiarität zu tun. - Herr Dr. Starck betont, dass der Ausgang insgesamt ungewiss sei.

Auf eine Frage des Abg. Fischer, wann erste Ergebnisse der Arbeitsgruppe, die sich mit der Findung eines Verfahrens zur Subsidiaritätsprüfung zwischen Landesregierung und Landtag befasst, vorliegen würden, führt RL Schmidt Holländer aus, es sei geplant, bis Mitte des Monats September einen ersten verwaltungsinternen Entwurf zu erarbeiten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

a) Ausbau der Jugendfreiwilligendienste

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/682 (neu) (vom Antragsteller zurückgezogen)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/725 (selbstständig)

b) Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 - Aktivitäten in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/707 (vom Antragsteller zurückgezogen)

(überwiesen am 7. Juli 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Europausschuss und den Sozialausschuss)

Nach einer Diskussion kommt der Europaausschuss überein, sich dem Votum des Sozialausschusses anzuschließen, in dessen Sitzung am 25. August 2010 die Anträge Drucksache 17/682 (neu) und Drucksache 17/707 mit der Maßgabe vom Antragsteller zurückgezogen worden seien, den Antrag Drucksache 17/725 wie folgt zu ändern:

- Unter Nummer 1 soll hinter dem Wort „Mittel“ der Ausdruck „(mindestens 50 %)“ eingefügt werden.
- Unter Nummer 3 wird folgender neuer Satz eins eingefügt: „Der Landtag bittet die Landesregierung, sich an dem Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zu beteiligen und in die Vorbereitungen der Aktivitäten zur Umsetzung des europäischen Jahres die Vereine und Verbände mit einzubeziehen.“

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss, den so geänderten Antrag, Drucksache 17/725, dem Landtag zur Annahme zu empfehlen.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht über die 19. Sitzung der Ostseeparlamentarierkonferenz in Mariehamn vom 29. bis 31. August 2010

Berichterstatter: Abg. Bernd Voß

Die im Ausschuss anwesenden Mitglieder der Delegation berichten über die Beratungen Ostseeparlamentarierkonferenz. Der Vorsitzende betont, dass die Vorschläge Schleswig-Holsteins, zum Beispiel eine obligatorische Lotsenpflicht für die Kadettrinne einzuführen, in der Resolution Niederschlag gefunden hätten. Der Ausschuss tauscht sich über die weiteren Beratungen aus und nimmt den Bericht über die 19. Sitzung der Ostseeparlamentarierkonferenz zur Kenntnis.

Zu Punkt 8 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Voß, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Bernd Voß
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer

Kiel|Region

Kiel, 01.09.2010

Janet Sönnichsen

- Gründung im August 2008
- Aufnahme der operativen Tätigkeit im Januar 2009
- Sitz im Wissenschaftspark Kiel
- Umfirmierung zur Kiel Region GmbH im August 2010

Gesellschafter:

- KiWi, Kieler Wirtschaftsförderungs- und Strukturentwicklungs GmbH (36,6%)
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises Rendsburg-Eckernförde (36,6%)
- Kreis Plön (26,8%)

Aufsichtsratsvorsitzender:

Dr. Volkram Gebel, Landrat des Kreises Plön

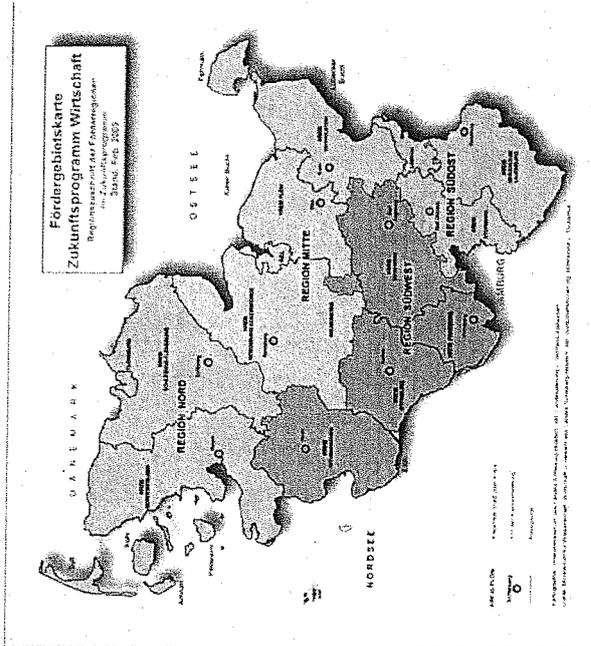
Aufgaben:

1. Fördermanagement für das Zukunftsprogramm Wirtschaft und INTERREG 4a
2. Standortmarketing

Fördermanagement

Zukunftsprogramm Wirtschaft

2007 – 2013 Σ 722 Mio. €



Geschäftsstelle für die Region Mitte

2 Mitarbeiter in der Geschäftsstelle, Kooperation

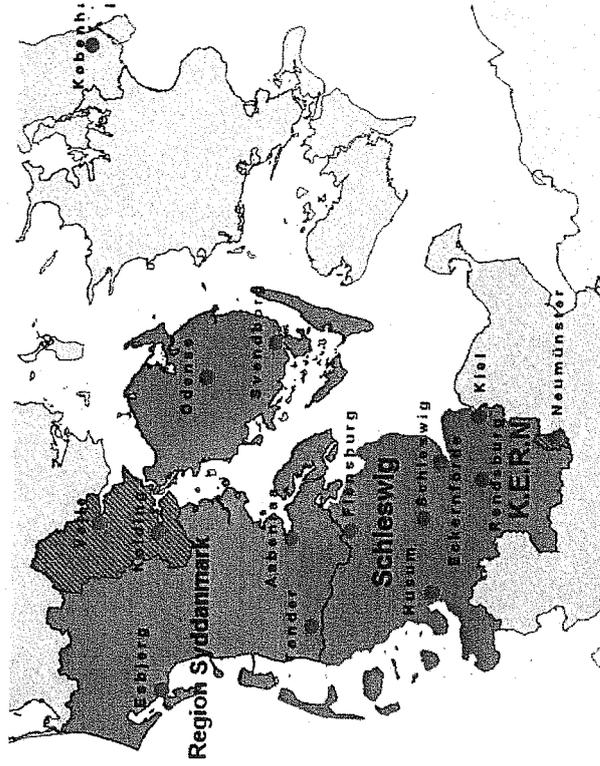
mit den regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften

Zielgruppe: Kommunen, öffentliche bzw. öffentlich-ähnliche Träger

KielRegion

INTERREG-Sekretariat 4 A

2007-2013 Σ 42 Mio. €



1 Mitarbeiterin bei der Kiel Region GmbH

Zielgruppe: Kommunen, Hochschulen, weitere öffentlich-rechtliche bzw. öffentlich-ähnliche Träger

Projektförderung aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft in der Landeshauptstadt Kiel (seit 2007)

Projekte aus Kiel	Projektträger	Gesamtkosten in €	Förderung für Kiel in €
KI Weiterbündlungsverbund Kieler Forum Weiterbildung	LHK	712.660	356.330
KI Ertüchtigung Abfertigungsgebäude Regionalflughafen Kiel-Holtenau	LHK	380.000	304.000
KI Gesamttouristisches Konzept Stadt Kiel	LHK	37.400	22.440
KI Modernisierung des I. OG im Akademiegebäude B der Wirtschaftsakademie SH	Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein	343.950	171.980
KI Flächenrecycling Marinequartier Kiel-Wik	LHK	1.522.690	913.620
KI Hafenmobilkran Ostuferhafen Kiel	LHK	3.438.270	1.719.140
KI Errichtung einer Passagiergangway für die Fähr- und Kreuzschiffahrt am Bohlhörnkai/Schwedenkai in Kiel	LHK	4.504.000	2.252.000
KI Machbarkeitsstudie einer neuen maritim- historischen Präsentation in einem Neubau in Kiel (Standort Seegarten)	LHK	50.000	25.000
KI Rahmenplan Kieler Förde <i>(Fund im das Thema Wasser)</i>	LHK	330.000	165.000



Projektförderung aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft im Kreis Rendsburg-Eckernförde (seit 2007)

Projekte aus Rendsburg-Eckernförde

	Projektträger	Gesamtkosten in €	Förderung für den Kreis in €
RD	Weiterbildungsverbund Rendsburg-Eckernförde	378.300	189.150,00
RD	Marketingkonzept für die Nord Art	300.000	210.000,00
RD	Neuer Hafen Kiel-Canal	15.443.000	12.355.000,00
RD	2. Verlängerung Regionalmanagement in (KI/NMS) der KERN-Region	53.360	12.450,00
RD	3. Verlängerung Regionalmanagement in (KI/NMS) der KERN-Region	137.940	32.183,00
RD	Neuanschaffung eines Hafenkranes für den Kreishafen Rendsburg	2.350.000	1.175.000

Projektförderung aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft im Kreis Plön (seit 2007)

	Projektträger	Gesamtkosten in €	Förderung für den Kreis Plön in €
PLÖ	Tourismuskonzept für die Gesamtregion Hohwacher Bucht	29.500	17.700,00

*4 weitere Projekte geplant:
↳ Stadtkern - in Laube*

*• Zukunft der Strukturfonds / Brüsseler Beschlüsse
=> diese sind Grundlage für die verschiedenen Projekte, das Konzept wichtig!*

- Ziele: Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU, Förderung des deutsch-dänischen Für- und Miteinanders
- Zeitraum: 2007-2013
- Förderung: Zuschuss in Höhe von 65% der förderfähigen Kosten
- Prioritäten:

Priorität 1: Stärkung und Konsolidierung der regionalen wissensbasierten Wirtschaft

Priorität 2: Entwicklung der Rahmenbedingungen des Gebiets

Priorität 3: Zusammenarbeit im Alltag und funktionale Integration in der Grenzregion

Projektbeispiel Kreis Rendsburg-Eckernförde: Live – Paralleles Lernen im Grenzland

- Handlungsfeld: 3.1 Kultur, Sprache und gegenseitiges Verständnis
- Leadpartner:  VUC Sønderjylland (Haderslev)
- Projektpartner:
 -  Volkshochschule Rendsburger Ring
 -  Volkshochschule Schleswig
 -  Volkshochschule Flensburg
 -  Volkshochschule Husum
- Projektperiode: 01.07.2008 - 30.06.2011
- Zuschuss: ca. 903.857 €

**Projektbeispiel Landeshauptstadt Kiel:
Grenzüberschreitende Forschung zur Genetik des Gesunden Alterns**

- Handlungsfeld: 1.5 Gesundheitsentwicklung
- Leadpartner:  Syddansk Universitet, Odense
- Projektpartner:  Universitätsklinikum Schleswig-Holstein,
Campus Kiel
- Projektperiode: 01.01.2009–01.04.2012
- Zuschuss: ca. 750.000 €

Standortmarketing

KielRegion

Ziele: Positionierung der **Kiel Region** im internationalen Standortwettbewerb
Stärkung der Wirtschaftskraft der Region

2010

- **Erarbeitung eines gemeinsamen Arbeitspapiers durch die Wirtschaftsförderer**
- **Beginn der Markenbildung**
 1. Logo, Geschäftsausstattung, Internet etc.
 2. Öffentlichkeitsarbeit
- 3. Teilnahme an Messen: Juni 2010 real estate north, Hamburg
Oktober 2010 expo real, München

